

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 448
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 20. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. Dezember 1927

BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird die Beratung des Voranschlages und zwar der Verwaltungsgruppe IV fortgesetzt. Gemeinderat Daffinger (E.L.) bemerkt in Fortsetzung seiner gestern unterbrochenen Rede, Stadtrat Weber sage zwar, dass nur zuständige Wiener eine Wohnung in Wien erhalten können, er könne aber auch anderwärts. Zum Beispiel ist einmännlich Lanzendorf zuständiger Schuhmacher, der allerdings parteimässig gut empfohlen war, eine Wohnung im Schlingenhof zugewiesen worden und erst nachdem er die Wohnung bereits hatte, hat er um die Zuständigkeit angesucht. (Hört! Hört! bei der E.L.) Schliesslich führt der Redner Klage über die Zustände in den Simmeringer Baracken. Dort sind ca 300 Parteien untergebracht, die drei bis fünf Jahre Wohnung suchen, an die Leute denkt niemand. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Merbaul (E.L.) beschäftigt sich mit den Wohnhausbauten in Margareten. In dem Bau Stöbergasse, der im Sommer bezogen worden ist, können die Bewohner des Vordertraktes überhaupt nicht einheizen, weil der Rauch keinen Abzug hat. Die Leute müssen Petroleumöfen benutzen. Die Baukommission erklärte, man habe den Rauchfang nicht anders bauen können, weil sonst die ^{Symmetrie} der Rauchfänge gestört worden wäre. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Auch die Bauweise einzelner Trakte in dem Hause auf dem Margaretengürtel bei der Siebenbrunnengasse ist verfehlt. Die Abortanlagen sind nach Art einer Telefonzelle in fremde Wohnungen eingebaut, dabei sind die Wände nur 5 Zentimeter stark. Der Redner kritisiert sodann die ^{Wohnungs-} Zuweisungen. Einem kinderlosen Ehepaar, das eine prachtvolle Wohnung hatte wurde eine Wohnung am Margaretengürtel nur deshalb zugewiesen, weil der Mann eine Balkonwohnung haben wollte. Da gegen sei es z.B. nicht möglich, einem Löschmeister der städtischen Feuerwehr, für den der Redner schon wiederholt interveniert habe, eine Wohnung zu verschaffen, obzwar der Mann bereits im März delogiert wurde. Solche Dinge dürfen nicht vorkommen. Am 12. November mussten die Gemeindehäuser beflaggt werden. Damals haben die Hausvertragsmänner die Wohnparteien gezwungen 3 Schilling für die Beflaggung der Häuser beizutragen, obzwar der Meter Stoff nicht mehr als 20 Groschen kostet. Der Vertrauensmann hat dabei also ein glänzendes Geschäft gemacht. Auch das muss abgestellt werden. Stadtrat Weber möge mit eisernen Faust hier Ordnung machen. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Reismann (soz. dem.) führt gegenüber dem Redner der Minderheit aus, dass vor allem auch die Erfahrungen, die man in anderen kapitalistischen Staaten gemacht habe, für die Aufrechterhaltung der Wohnbaupolitik der Gemeinde spreche. In allen kapitalistischen Staaten wo der Mieterschutz abgebaut oder beseitigt wurde, hat sich die Wohnungs-krise zu ungunsten der breiten Massen der Bevölkerung verschärft, die private Bautätigkeit hat sich nirgends belebt. (Lebhafte Widerspruch bei der Minderheit).

GR. Rummelhardt: Das ist ganz unwahr! Gehen Sie nach Zürich!

GR. Holoubek: Gehen Sie doch nach Deutschland!

GR. Kolassa: Reden Sie doch nicht Dinge, gegen jede Statistik und Erfahrung!

GR. Reismann: Bei der letzten Tagung der Zentralstelle für deutsche Wohnungsreform wurde festgestellt, dass es heuer in Deutschland ein Wohnungsdefizit von eineinhalb Millionen gibt. Im bayrischen Landtage haben sich Abgeordnete der bayrischen Volkspartei, also einer Partei, die nicht uns sondern Ihnen nahesteht, gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft aufgelehnt. In einer Generalversammlung des Bundes der deutschen Gartengesellschaft wurde festgestellt, dass sich die Wohnungsnot in Deutschland verschärft hat. Der Abbau des Mieterschutzes und die Ueervalorisierung der Mietzinse in Deutschland ist auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterklasse gegangen. Amtlich wurde festgestellt, dass in der Inflationszeit 45 Prozent aller Berliner Häuser an das Ausland verkauft wurden wodurch zwei Milliarden Goldmark an das Ausland verschenkt worden sind. Bei uns sind die Verhältnisse ganz ähnlich. Von der Aufhebung des Mieterschutzes würden nur die ausländischen Hausbesitzer profitieren.

GR. Wagner: Die preussische Regierung hat doch das ganze über den Haufen geworfen! Das müssten Sie doch wissen!

GR. Reismann: Die Aufhebung des Mieterschutzes in Oesterreich würde eine ungeheure politische und soziale Katastrophe bedeuten. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Dr. Hengle: Wer spricht denn von der Aufhebung des Mieterschutzes!

GR. Dr. Kolassa: Reden Sie von einer Aenderung des Mietengesetzes und nicht vom Mieterschutz! Hier soll bleiben!

GR. Rummelhardt: Sie brauchen halt das Schlagwort vom Mieterschutz!

GR. Holoubek: Das ist ein Schwindel, was Sie sagen! Das ist eine verlogene Politik!

GR. Reismann: In Deutschland zahlt man vom 1. Oktober 120 Prozent Friedensmiete. Das ist eine ungeheure Belastung der Mieter. Wenn die Christlichsozialen sagen, dass die öffentlichen Körperschaften eingreifen sollen, wo eine Wohnungsnot besteht, so mögen sie vor allem dafür sorgen, dass der B. m dies tut.

Wenn wir den Mieterschutz aufheben wollten, so würde der Zustand der Vorkriegszeit wieder hergestellt werden, dass ein wesentlicher Teil des Arbeitereinkommens für die Wohnungsmiete bezahlt werden müsste. Jede Mietzinserhöhung würde naturgemäss ungeheure Lohn- und Gehaltsbewegungen auslösen und eine Aufhebung des Mieterschutzes würde daher auch Ihr Sanierungswerk gefährden. Die Wähler haben am 24. April nicht für uns entschieden, weil wir, wie Sie das behaupten, mit dem Mieterschutz Schwindel getrieben haben, sondern weil sie den Schwindel der Christlichsozialen durchschaut haben, dass der Mieterschutz gesichert sei. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Die Herren behaupten immer, sie seien für ein modernes Mietrecht. Sie mögen uns doch sagen, wie ein solches modernes Mietrecht ausschauen wird.

GR. Rummelhardt: Geben Sie uns im Nationalrat dazu Gelegenheit!

Dr. Kolassa:

GR. Reismann: Soll das moderne Mietrecht am Ende so ausschauen, wie das ein anderes Mitglied der Regierungsparteien Herr Pistor erklärte, der meinte, dass es am 31. Juli 1930 zur freien Mietzinsbildung kommen soll?

GR. Rummelhardt: Das sagt der Herr Pistor und nicht wir!

GR. Reismann: Wenn Sie behaupten, dass Sozialdemokraten in Deutschland für den Abbau des Mieterschutzes waren, so nennen Sie uns einen einzigen führenden Sozialdemokraten in Deutschland, der jemals dafür gesprochen oder gestimmt hat.

GR. Rummelhardt: Ihr habt es in Wien bei Euren Häusern gemacht!

GR. Reismann: Weil Sie den Antrag Danneberg abgelehnt haben,

der eine Ausdehnung des Mieterschutzes auch auf die Neubauten bezweckte.

Der Redner kommt sodann auf die Siedlungsbewegung zu sprechen und bemerkt, keine Stadt in Europa habe in so kurzer Zeit auf dem Gebiete der Siedlungsbewegung so viel geleistet (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Die Frage ob Hoch- oder Flachbau ist keine Parteifrage die entscheidende Frage war vielmehr wie die Gemeinde in der Zeit der schwersten Not möglichst rasch viele gesunde und kleine Wohnungen errichten konnte. Wenn die Christlichsozialen für die Förderung der Gartenstadt-bewegung sind, so mögen Sie die Grundlage hierzu durch ein Enteignungsgesetz schaffen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Schiener (E.L.) bezeichnet die Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues aus Steuergeldern für verfehlt. Die Minderheit kempf dagegen, dass einer Generation die Lasten auferlegt werden, die nach anerkannten volkswirtschaftlichen Grundsätzen auf eine Reihe von Generationen aufzuteilen sind. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde hat auch nicht vermocht die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu lindern. Wirkliche Bauarbeiter gibt es in Wien rund 23.000, davon waren im Juli, also in der Zeit der Hochsaison rund 8000 arbeitslos. Bei aller Anstrengung ist die Gemeinde nicht in der Lage, den vorhandenen Bauarbeitern Beschäftigung zu bieten. Ein Viertel der Bauarbeiter ist das ganze Jahr hindurch arbeitslos, ein weiteres Viertel durch einige Monate. Im Durchschnitt ist jetzt jeder Bauarbeiter siebenenehalb Monate im Jahr ohne Arbeit. Da von der Beschäftigung der Bauarbeiter die ganze Industrie und viele andere Gewerbe abhängig sind, so trägt das System der Gemeinde zur allgemeinen Arbeitslosigkeit bei. (Beifall bei der Minderheit).

Die Wohnbaupolitik der Mehrheit verurteilt Wien zum Absterben. Die Zuwanderung aus dem Bundeslandern, die eine Blutauffrischung bedeuten würde, fehlt gänzlich. Sie begehen wirtschaftlichen Mord an der Stadt und werden so zum Totengräber des ganzen Volkes. In Wien gab es vor dem Krieg mehr als tausend Baumeister, heute nur mehr 150. Das kommt davon, dass die Gemeindebauten nur an solche Firmen vergeben werden, die der sozialdemokratischen Mehrheit nahestehen. Siebzig Prozent aller Bauarbeiten haben vier Baufirmen, nämlich der Grundstein, die Reformbaugesellschaft, die Firma Korn und die Oesterreichisch-ungarische Baugesellschaft bekommen. Elf Prozent vier weitere Firmen und nur 18 Prozent die übrigen Baumeister. Viele Baumeister sind an den Bettelstab gebracht worden. Die Gemeinde baut aber gar nicht billig. Nach Berechnungen erster Fachleute baut sie doppelt so teuer, als der Private vor dem Kriege gebaut hat. Welche Unsummen des Volkvermögens durch diese bornierte politische Idee verloren gehen, ist leicht zu berechnen. Man sagt, dass die Gemeinde kein Geld zum Bau einer Untergrundbahn hat. Dafür gibt sie aber viele hunderte Millionen Schilling für ertragnislose Wohnhausbauten aus. Mit aller Entschiedenheit weist die Minderheit die Lüge zurück, dass sie für die Aufhebung des Mieterschutzes sei. Sie will nur eine Regelung des Mietsinnes. Raub und Betrug können sich auf die Dauer nicht durchsetzen.

Redner spricht dann noch über die schlechte Beschaffenheit der städtischen Wohnhausbauten und verlangt, dass das Baugewerbe mehr als bisher herangezogen werde. Solange eine solche parteipolitische Wirtschaft betrieben wird, kann die Minderheit für den Veranschlag nicht stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) stellt fest, dass im Voranschlag die Ausgaben für den Wohnhausbau mehr als ein Drittel gekürzt worden sind. Es ist auffallend, dass bei der Mehrheit nicht mehr mit derselben Schärfe, wie früher, auf die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes verwiesen werde.

GRin. Grünwald (Soz. Dem.): Geben Sie sich keinen Illusionen hin!

GR. Dr. Wagner (E.L.): Es wäre für mich politisch sehr interessant, von einem der führenden Funktionäre darüber etwas zu hören.

Stadtrat Weber: Die Freude werden wir Ihnen machen!

GR. Dr. Wagner: Sie leben in Wien, in einem Zentralpunkt, von dem ausgehend kapitalistische Staaten ihre Wirtschaftspolitik betreiben. Sie wollen aber hier, gleichsam auf einer Insel der Seligen marxistische Wohnungspolitik machen.

Der Wahlschlager vom Mieterschutz, der zu einer schrankenlosen Demagogie geführt hat, darf nicht geopfert werden. Das Wort vom Mieterschutz ist zweideutig und darum muss mit aller Offenheit einmal darüber gesprochen werden. Wenn man unter Mieterschutz die Beschränkung des Kündigungsrechtes in vernünftigen Grenzen versteht, so gibt es auf den Rücken der Minderheit keinen Gegner des Mieterschutzes (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Wogegen wir uns wehren, ist die Aufrechterhaltung der heutigen Mietsinse, die volkswirtschaftlich aufs äusserste schädlich, und daher produktionshemmend ist. Wer auf dem Standpunkt steht, an dem gegenwärtigen Mietrecht darf nicht gerüttelt werden, ist ein Feind der Volkswirtschaft und der Bevölkerung (Lebhafter Beifall bei der E.L.).

Es ist unrichtig, dass die Bautätigkeit der Gemeinde Wien eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführt, wie dies aus der Arbeitslosenkurve festzustellen ist. Wenn dies der Fall sein soll, müsste die private Bautätigkeit ermöglicht werden. Es ist eine alte Erfahrung, dass dort wo Privaten gebaut wird, die Blüte der Volkswirtschaft beginnt. Wir dürfen nicht die einzige Grundlage für einen gesunden Kredit verkennen lassen, weil ein grosser Teil der Bevölkerung einer demagogischen Phrase nachläuft. Uns erscheint das Mietproblem als ein Zentralproblem der österreichischen Volkswirtschaft. Bei einsichtigen Männern unter den Sozialdemokraten beginnt sich diese Erkenntnis auch schon Geltung zu verschaffen. Aber diese Erkenntnis dringt nicht durch weil, wie dies Gemeinderat Stein mit dankenswerter Offenheit sagte, das kommunistische Programm der sozialdemokratischen Partei es nicht zulässt. Der Redner nimmt sodann gegen die Behauptung des Gemeinderates Reismannes Stellung dass der Bund seine Pflichten auf dem Gebiete der Wohnbautätigkeit nicht erfülle und weist darauf hin, dass vom Bund den Bundesunternehmungen und Bundesbetrieben eine ausserordentlich grosse Anzahl von Wohnhäusern für die Angestellten gebaut werde. Sie rühmen sich, dass Sie nun so viele Häuser in ihrer Verwaltung haben. Sicher ist, dass die Abgabenteilung, die Sie vom Bund erpresst haben, Ihnen die Mittel zum Bauen gibt. Man könnte auf die Wohnhausbauten der Gemeinde statt der Lüge "Erbaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer" sehr gut auch darauf schreiben: "Erbaut aus den Mitteln der Bundesabgaben". Die unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes führt, wie man dies alltäglich am Morgen beobachten kann, zu einer wahren Völkerwanderung. der Arbeiter und Angestellten von ihrer Wohnstätte zur Arbeitsstätte, eine Vergeudung an Zeit, Geld und Betriebsmitteln. Auch wie längeren Zeiträumen und niedrigeren Spannungen vor. Sie werden auf die Dauer / Zustand gesetzlich nicht verankert lassen können, dass für den Gebrauch eines Gegenstands weniger bezahlt wird, als die normale Abnutzung nötig macht. Sie werden sich die Frage einer Reform des Mietrechtes mit allen sittlichen Ernst vorlegen müssen. Und von dem Augenblick, wo Sie umkehren würden sich die günstigen Folgen in unserer ganzen Volkswirtschaft zeigen. Den Beamten legen Sie durch die starre Aufrechterhaltung des Mieterschutzes geradezu Qualen auf. Versetzungen auf einen höheren Posten in einen anderen Ort sind geradezu unmöglich. Der Redner nimmt gegen die von Gemeinderat Reismann für Deutschland angeführten Zahlen Stellung

indem er darauf hinweist, dass auch in Deutschland infolge der ausserordentlichen Belastung durch die Friedensverträge gegenwärtig normale Zustände nicht herrschen. Man sollte sich vielmehr auf das Beispiel der Tschechoslowakei berufen, wo die private Bautätigkeit Wohnungen in Massen geschaffen hat. Zum Schlusse erinnert der Redner daran, dass die Sparkassen durch die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes seit einigen Jahren/in einer sehr bedrängten Lage befinden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Angermayer (E.L.) stellt gegenüber dem Gemeinderat Reismann fest, es sei niemandem von der Minderheit eingefallen an dem Mieterschutz auch nur im geringsten zu rütteln. Die Sozialdemokratie hat ein vollständiges Baumonopol geschaffen und wie auf dem Gebiete des Monopoles überhaupt arbeitet sie auch hier nicht zum Segen der Bevölkerung. Beim Anblick der grossen Gemeindebauten hat man den Eindruck eines Massquartiers. Auch städtebaulich sind diese Gebäude nicht besonders schön. Mit der grössten Schärfe hat die Mehrheit immer gegen das Zusammenpferchen von Menschen gewettert, jetzt kommen in se einem Neubau bis zu zweitausend Menschen hinein. Dem Architekt werden gewiss unmögliche Aufgaben gestellt. Er soll aus vierzig Quadratmetern drei Räume schaffen. Die Wohnungen sind niedrig, was heuer im heissen Sommer in den im fünften Stock gelegenen Räumen Zustände geschaffen hat, die an die längst aufgelassenen Bleikammern von Venedig erinnern. Die Gemeindebauten tragen den Charakter von Notstandswohnungen. Dazu ist aber viel zu viel Geld aufgewendet worden. In den Häusern selbst müssen die Mieter jeden eigenen Willen aufgeben. Wer sich dem Diktat der Sozialdemokratie nicht fügt, der wird gekündigt. Auch die grossen Höfe in den Gemeindebauten können den kasernenartigen Charakter nicht abstreifen. Die gegenwärtige Mehrheit werde aber von diesem System deshalb nicht lassen, weil diese grossen Wohnhausbauten Bezirksfilialen der sozialdemokratischen Partei geworden sind. Nur so ist die grosse Begeisterung für die Zwangsbewirtschaftung zu verstehen. Wir aber neigen nach wie vor der privaten Wohnbautätigkeit zu, von der wir uns erhoffen, dass sie auch zur Besserung der Wirtschaftslage beitragen wird. (Beifall bei der Minderheit).

Für den Wohnhausbau sind 76 Millionen Schilling eingestellt. Die Wohnbausteuer liefert aber nur 32 Millionen, so dass 44 Millionen auf allgemeinen Steuern genommen werden müssen. Würden Sie eine Wohnbaulöhne aufnehmen, so fallen diese 44 Millionen weg. Sie könnten dann eine der fürchterlichsten Abgaben, die Fürsorgeabgabe auf die Hälfte herabsetzen. Wenn Sie dies aber nicht wollen, dann können Sie die Lustbarkeitssteuer derart formen, dass wirklich nur Lustbarkeiten besteuert werden, oder sie könnten die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf die Nobelrestaurants beschränken, Sie könnten auch die Krenenzimmerabgabe vollständig aufheben und die Biersteuer auf die Hälfte herabsetzen. All das wäre eine wirkliche Hilfe für die Volkswirtschaft. Aber Sie halten an Ihrem Steuersystem starr fest, weil es Ihr Hintergedanke ist, die Privatwirtschaft niederbrechen zu lassen. (Beifall bei der Minderheit).

In den Gemeindehäusern gibt es längst bezüglich des Mietzinses keinen Mieterschutz mehr. Kürzlich wurde der Beitrag für die Waschküchenbenützung von 3.5 Schilling auf 7 Schilling erhöht. Für eine Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, müssen jetzt 17 Schilling monatlich bezahlt werden.

GR. Reismann: Ganz falsch! Der Mietzins beträgt 5 Schilling. Man kann doch die Benützungsgeld für die Waschküchen nicht in den Mietzins einrechnen. Die Gemeinde stellt doch die Kohle bei!

GR. Angermayer (E.L.): Wenn Sie wissen wollen, wie wir uns ein ordentliches Mietengesetz vorstellen, dann müssen Sie Ihren Parteigenossen im Parlament sagen, dass sie endlich die Verhandlungen über die neue Mietenvorlage aufnehmen müssen. Bis jetzt haben sie den schärfsten Wider-

Die Sozialdemokraten brauchen kein Gesetz, um den Mieterschutz in den Gemeindehäusern einzuführen. Heute erklärt GR. Reismann, die Frage, ob Hoch- oder Flachbau, sei keine Parteifrage, Früher einmal haben Sie gegen die Zinskasernen gewettert und die damaligen Zinskasernen waren Armitzcherl gegen die heutigen Wohnhausbauten. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass seine Partei gegen den Voranschlag stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Weber kommt in seinem Schlusswort auf die vom Gemeinderat Doppler erhobenen Vorwurf zurück, dass in den Gemeindehäusern Versammlungen abgehalten werden, dass die Anschaffung von Fahnen beschlossen werden usw. und bemerkt hierzu, man müsse die Tätigkeit der Wohnhausverwaltung von der Tätigkeit der Mieter trennen. Es kann nicht die Aufgabe einer Hausverwaltung sein, die Mieter in ihrer Entschliessungsfreiheit zu behindern oder sie davon abzuhalten, sich in der Form von Vereinen oder Versammlungen zusammenzuschliessen.

GR. Doppler (E.L.): Sie müssen aber die Leute schützen! Die Mieter werden gekündigt und hinausgeworfen!

Stadtrat Weber: Das ist nicht richtig! Die Gemeinde hat bei ihrem ungeheuren Wohnungsbestande in diesem Jahre im ganzen in 32 Fällen Kündigungen vorgenommen. In einem einzigen Falle musste sie mit der exekutiven Räumung vorgehen, wie hat aber in jedem Falle und auch in diesem jeder Partei und sei das Delikt dessenthalben geräumt werden musste auch noch so gross, eine Wohnung gegeben. Zeigen Sie mir den privaten Hausbesitzer, der etwas Ähnliches macht. Der Bund hat z.B. aus dem Blindenheim Blinde einfach hinausgeworfen und auch die Witwe des langjährigen Direktors der Anstalt, ohne ihr eine andere Wohnung zu geben. (Zwischenrufe: GR. Doppler: Das sind ganz andere Verhältnisse! Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit und Rufe: Natürlich, da ist es anders!) GR. Doppler: Einen 75prozentigen Invaliden haben Sie hinausgeworfen!

Stadtrat Weber: Die Gemeinde hat dem Mann sogar die städtischen Übersiedlungskosten gezahlt.

Die Herren beschwerten sich über die Wohnungsvergebungen. Zuerst kritisieren sie alles in Grund und Boden und verweigern alles, dann wollen sie aber, dass die Verwaltung nach ihren Wünschen geführt wird und dass die anderen die Verantwortung tragen. Selbstverständlich wird es immer solange Zuteilungen notwendig sind, auch Beschwerden geben. Stadtrat Weber greift einen der von GR. Doppler angeführten Fälle ungerechter Wohnungsvergebungen heraus und teilt mit, dass in diesem Falle um einen Mann mit schweren pathologischen Erregungszuständen gehandelt habe, der in einer Wohnung, bestehend aus Küche und Zimmer, zusammen mit sieben anderen Leuten wohnte, und nach einem Zeugnis des Professors Wagner-Jauregg, sofort unterzubringen war. Dass man in diesem Falle nicht lange gefragt hat, wie lange der Mann vorgemerkt ist, sei selbstverständlich.

Stadtrat Weber beschäftigt sich sodann eingehend mit verschiedenen anderen Behauptungen der Gemeinderäte Doppler und Daffinger und kommt sodann auf die von der Minderheit so oft kritisierte Tätigkeit des Gemeinderats Reismann im Wohnungsamt zu sprechen. Ich stelle, sagt Stadtrat Weber, an die Spitze meiner Erwiderung auf diese Anwürfe, den Dank für die Mitwirkung meines Genossen Reismann. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Zahlreiche Rufe bei der Minderheit: Ihres Genossen!)

Stadtrat Weber: Ja, meines Genossen Reismann! (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR. Kunschak (E.L.): Was können Sie sagen, wenn Sie im Parteisekretariat Floridsdorf sitzen. Im Wohnungsamt gibt es nur Beamte und keine Genossen!

Stadtrat Weber: Reismann ist kein Beamter des Wohnungsamtes. Wir haben nach den Wünschen des Anforderungsgesetzes einige Zeit gehofft, Sie würden sich dafür einsetzen, dass das Anforderungsgesetz wenigstens für die Zeit der Wohnungsnot verlängert wird. Wir haben uns darin getäuscht. Die früher bestandene Kommission hat nur einen Sinn, solange wir alle Wohnungen bewirtschaftet haben, sie wäre heute sinnlos, wo es sich um nichts anderes, als um Wohnungszuteilungen handelt. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit und Ruhe bei der Minderheit: Also eine kontrollose Verwaltung). GR Doppler: Hoch die Kontrollosigkeit!

Stadtrat Weber: Diese Wohnungszuteilung ist durchaus nicht kontrollos. Sie und die ganze Öffentlichkeit hat immer die Möglichkeit zu kontrollieren, wer in die Wohnungen kommt. Ein ganzes Amt ist ja mit den Zuteilungen beschäftigt und die beste Kontrolle ist die der Öffentlichkeit und der Wohnungsuchenden.

GR Dr. Hengl (E.L.): Was macht der Genosse Reismann?

Stadtrat Weber: Gemeinderat Reismann hat zu dieser Zeit in den Angelegenheiten soweit sie auf dem Anforderungsgesetz beruhen, es sind noch nicht alle Akten liquidiert und insbesondere noch nicht alle Vormerkungen erledigt, mir im Amt und insbesondere im Parteienverkehr behilflich zu sein.

GR Doppler: Ein einzelner Gemeinderat hat dazu kein Recht!

GR Biber (E.L.): Das ist Freunderlwirtschaft! (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Minderheit).

GR Doppler: Das ist eine offene Verpolitisierung des Wohnungsamtes! Ein öffentlicher Skandal!

GR Kunschak: Das ist und bleibt verfassungswidrig!

GR Untermüller: Was für Bezüge hat Herr Reismann?

GR Daffinger (E.L.): Hat er Bezüge oder hat er keine?

Stadtrat Weber: Ich teile Ihnen mit, dass Gemeinderat Reismann von der Gemeinde nicht einen Groschen bezieht, ausserdem, was auch Sie an Sitzungsgebühren haben. (Diese Bemerkungen des Stadtrates Weber haben einen Sturm von Zwischenrufen bei der Minderheit zur Folge. In Saale herrscht minutenlanger Lärm, der so gross wird, dass die folgenden Ausführungen des Stadtrates Weber unverstänlich bleiben.)

Aus der grossen Zahl von Zwischenrufen sind nur einzelne herauszuhören.

GR Doppler: Das ist unerhört!

GR Dr. Hengl: Eine solche Parteiwirtschaft!

GR Kunschak: Ich beantrage, dass der Direktor des Kontrollamtes herkommt, um darüber Auskunft zu geben!

GR Dr. Kolassa: Wer zahlt also die Tätigkeit des Herrn Reismann? Unsonst arbeitet er doch nicht!

GR Biber: Eine skandalöse Freunderlwirtschaft!

GR Hengl: Das ist eine kontrollose Wirtschaft! Wo ist der Bürgermeister? In der ganzen Budgetdebatte sieht man ihn nicht! So ein Skandal!

Vorsitzender Weigl ersucht den GR Hengl um Ruhe.

GR Dr. Hengl macht zahlreiche Zwischenrufe.

Vorsitzender Weigl ruft den GR Hengl zur Ordnung.

GR Biber: Wo ist der Bürgermeister?

GR Doppler: Die wichtigsten Dinge werden verschwiegen! Wo sind wir hier?

GR Dr. Hengl: Das ist eine Frechheit!

GR Dr. Kolassa: Es muss festgestellt werden, woher Reismann die Bezüge hat!

GR Dr. Kolassa: Die Gemeinde zahlt an Reismann keinen Groschen! Es kümmert sie gar nichts, wer ihm etwas zahlt!

GR Kolassa (E.L.): Das wissen wir, das er nicht unsonst arbeitet!

GR Weigl als Vorsitzender ersucht um Ruhe, wird aber sofort vom Gemeinderat Doppler unterbrochen, der laut ruft: Bringen Sie den Kontrollamtsdirektor her! Gemeinderat Ullreich ruft: Was ist es mit der Stellung des Herrn Reismann? Gemeinderat Wewerka: Das ist eine Sauwirtschaft!

Endlich gelangtes dem Stadtrat Weber sich wieder verständlich zu machen. Er sagt, dass er schon im Vorjahr diese Angelegenheit in der Budgetdebatte aufgeklärt hat. Neuer habe er auch im Finanzausschuss und Stadtsenat über die Stellung des Gemeinderates Reismann berichtet. Man hat doch noch gehofft, dass das Anforderungsgesetz wieder wirksam werden wird, und wollte für die Übergangszeit eine Kommission einsetzen. Das Anforderungsgesetz wurde aber nicht mehr verlängert und ich habe den Herrn Bürgermeister ersucht, mir den Herrn Gemeinderat Reismann, der besondere Erfahrungen im Parteienverkehr hat, weil er jahrelang Vorsitzender der Zuweisungskommission war, für die Liquidierung der Angelegenheiten aus der Zeit der Anforderung beizugeben.

GR Biber: Das sollen Beamte machen!

GR Weber: Die Liquidierung ist nahezu abgeschlossen. Wir haben schon alle Hotelzimmer geräumt. Was Sie heute Zuweisung nennen, spielt sich folgendermassen ab. Bei der Besiedlung eines Neubaus wird von ganz Wien das Material gesammelt und dann setzen sich die Hauptreferenten der einzelnen Bezirke zusammen und sichten dieses Material.

GR Doppler: Dass Sie den Mut aufbringen, das so unrichtig darzustellen! Das ist empörend!

Bürgermeister Seitz: Wer hat denn eigentlich hier das Wort im Gemeinderat? Wir haben ein Recht den Referenten zu hören!

GR Weber: Sie können das auch Kommission nennen!

GR Biber: Was macht der Reismann? Tausend Beamte sind zu dumm, nur der Reismann kann das?

GR Dr. Kolassa: Wie steht es mit den Bezügen des Gemeinderates Reismann?

Vorsitzender GR Weigl: Ich kann nur sagen, dass es unerhört ist, wie der Referent behandelt wird.

Diese Aeusserung löst abermals einen Sturm von Zwischenrufen bei der Minderheit aus. Als langsam Ruhe eintritt, erklärt Stadtrat Weber, dass in der Zeit des Anforderungsgesetzes die Zuweisung der angeforderten Wohnungen leichter war, als dies jetzt bei den Neubauten ist.

GR Dr. Kolassa ruft ununterbrochen: Wir wollen die Bezüge des Gemeinderates Reismann wissen!

Bürgermeister Seitz: Herr Stadtrat Weber! So sagen Sie doch dem Herrn zum zehnten mal, dass Gemeinderat Reismann von der Gemeinde nichts bezahlt bekommt.

GR Dr. Kolassa: Ja, von der Gemeinde bekommt er nicht. Aber er arbeitet doch in einem städtischen Amt! Von wem wird er dafür bezahlt?

Bürgermeister Seitz: Wir werden auch von Ihnen verlangen, dass jeder Einzelne, einbekennt, von was er lebt!

Der Bürgermeister begibt sich zum Stadtrat Kunschak und der Referent unterbricht seine Ausführungen. Es tritt nun vollstänige Ruhe ein und Stadtrat Weber erwidert auf die einzelnen Redner. Er erklärt, dass die Gemeinde sich die Baugründe nicht aussuchen könne, sondern dort wo sie einen geeigneten Baugrund bekomme, Neubauten auführt. So war es auch auf der Ragenwiese, wo sich gewisse Senkungen gezeigt haben. Der Untersuchungsausschuss überprüft alle Details und es wäre unangebracht, seinen Bericht vorzugreifen.

Der Vorwurf, dass wir die Arbeitslosigkeit züchten, ist ganz unbegründet. Durch unsere Wohnbautätigkeit werden zwei Drittel des Gewerbes und der Arbeiterschaft beschäftigt. Die Zahl der beim Bau beschäftigten schwankt zwischen 8500 und 16.000. Darüber hinaus finden noch gegen fünfzig Gewerbe hinreichende Beschäftigung. Ich würde nur wünschen, dass der Bund in gleicher Weise die Arbeitslosigkeit bekämpfe wie wir. Dass der Mieterschutz die private Bautätigkeit unterdrückt, ist keine absolute Wahrheit. Es gibt kein Land, wo nicht eine Wohnungsnot herrscht. Wir sind der Überzeugung, dass der Mieterschutz auf die Dauer der absoluten Wohnungsnot unbedingt notwendig ist. Er ist für Oesterreich ein Zentralproblem und die Mietzinse können nicht aufgewertet werden, solange nicht auch Renten, Sparkassengelder usw. aufgewertet werden. (Gemeinderat Wagner: Das ist ein volkswirtschaftlicher Irrtum.) Die öffentliche Bautätigkeit ist eine soziale Pflicht der Gemeinde. Wir setzen deshalb den Wohnhausbau fort und halten mit Zähigkeit an dem Mieterschutz fest. (Starker Beifall bei Mehrheit).

Das Budget der Verwaltungsgruppe IV wird angenommen und die Anträge des Gemeinderates Ullreich abgelehnt.

Stadtrat Richter berichtet nun über das Budget der Verwaltungsgruppe V (Technische Angelegenheiten). Das Budget der Verwaltungsgruppe macht beinahe ein Fünftel des Gesamtbudgets aus. Es werden im Jahre 1928 keine grossen Umwälzungen vor sich gehen; wir werden aber die begonnenen Arbeiten emsig fortsetzen. Stadtrat Richter berichtet dann über die Einführung des Coloniasystems, des Wechseltonnensystems über die Strassenpflege, an deren Mechanisierung weitergearbeitet wird. Grosse Sorgfalt wird auch der Anlage von öffentlichen Gärten gewidmet. Im heurigen Jahr wurde die Gessetgartenfläche Wiens um 300.000 Quadratmeter vergrössert. Es ist auch geplant, in vielen Strassen Bäume zu pflanzen, um Alleen zu schaffen. Im Bäderbetrieb werden neue Kinderfreibäder, sowie neue Bäder überhaupt geschaffen werden und viele Bäder vergrössert werden. Der Plan, auch im I. Bezirk ein Kinderfreibad zu schaffen, musste aufgegeben werden, da der Bund der Errichtung eines Kinderfreibades im Volksgarten seine Zustimmung versagte. Die Strassenerhaltung wird mit grosser Aufmerksamkeit gepflegt und es ist vorgesehen, im kommenden Jahr möglichst viele Strassen mit geräuschvermindernder Strassendecke zu versehen. Was die Strassenbeleuchtung anlangt, so ist die Gasbeleuchtung bereits auf den Friedensstand gekommen. Ein Plus dazu ist die elektrische Strassenbeleuchtung. Die Beleuchtung der Wiener Strassen ist heute schon eine derartige, dass sich Wien damit sehen lassen kann. Im Kanalisationsbetrieb ist vorgesehen, die alten Ziegelkanäle zu beseitigen und sie durch Rohrkanäle zu ersetzen. (Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Kunschak: Der neue amtierende Stadtrat hat sich hier nicht gut eingeführt. Er hat behauptet, dass die Gasbeleuchtung schon den Friedensstand erreicht hat und die elektrische Strassenbeleuchtung ein Plus dazu ist. Das ist vollkommen unrichtig.

Redner teilt nun mit, dass der Bürgermeister ihm einen Bericht des Kontrollamtes über die Bezüge des Gemeinderates Reismann zugesagt habe. Damit ist vorläufig diese Frage erledigt. Sie ist aber gar nicht entscheidend. Klargestellt werden muss die verfassungsrechtliche Stellung des Herrn Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt. In der Verfassung ist nirgends eine Bestimmung zu finden, die die Tätigkeit des Gemeinderates Reismann im Wohnungsamt rechtfertigen würde. Er wurde auch nicht vom Gemeinderat bestellt. Wir stehen hier vor einem Verwaltungsskandal, der seinesgleichen nirgends findet. Wir können das, was sich hier abgespielt hat, nicht ungeschehen machen, wir werden aber nicht dulden, dass Gemeinderat Reismann auch nur einen Tag länger in dieser Stellung bleibt. Ich stelle den Antrag, dass der Herr Bürgermeister verfügt, es möge jede Tätigkeit des Herrn Gemeinderates Reismann unverzüglich eingestellt werden. Wir bitten, dass der Bürgermeister noch heute dazu Stellung nimmt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G. B. Biber (B. L.) bespricht ausführlich die Aenderung der Geschäftsintention bei der Gruppe für technische Angelegenheiten. Es wurde hier eine Umgruppierung vorgenommen, die so wie die Umgruppierungen im Krieg beweist, dass Fehler begangen wurden. Die Umgruppierung wurde auch nicht nach sachlichen Momenten vorgenommen. Man hat aus dieser Verwaltungsgruppe die Stadtregulierung, eine rein technische Angelegenheit ausgeschieden. Aber gerade diese Magistratsabteilung gehört in die Gruppe V.

Redner bespricht dann die Senkungen bei dem Bau in Heiligenstadt. Die Schäden waren längst bekannt und man hat keinen Bericht bekommen. Die Betonpfähle wurden nicht ordentlich in den Boden gerammt. Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Vergebungswesen und kritisiert, dass man den technischen Ausschuss dazu nicht heranziehen habe. Es fehle bei den Vergabungen an einem System. Einer Baufirma, die schon Wochen vorher von der Vergabung Kenntnis hatte, obwohl sie durch öffentliche Ausschreibung erfolgte, sei die Arbeit vergeben worden obwohl sie an 15. Stelle war und gegenüber dem billigsten Anbot eine Differenz von 84.000 Schilling bestand (Lebhafte Hörtrufe bei der Minderheit). Der Redner kommt sodann auf die Anstände zu sprechen, die sich bei der Materialversorgung ergeben haben und bemerkt, obwohl er dies aus eigener Erfahrung wisse, dass es unmöglich sei, Diebstähle in einer grossen Verwaltung zu verhindern, so hätte doch der einfachste Bauschreiber die plumpen Diebstähle im Falle Haas bemerken müssen. Ebensolche Anstände ergeben sich bei der Fabrikation. Das Ziegelwerk in Oberlaa, das mit einem ungeheuren Anlagenaufwand erbaut worden ist, liefert zwar nicht die schlechtesten Ziegel, aber das Werk ist durchaus nicht rentabel. Der Redner gibt sodann Äusserungen des Prof. Salinger im Unterausschuss zur Kenntnis, dass die Decken in der Heiligenstädterstrasse rechnermässig stark genug seien, dass man in der Praxis aber mit Rücksicht auf die grosse Empfindlichkeit dieser starren Decken allgemein Verstärkungseisen anbringe. Diese Verstärkungseisen hat man beim Bau im III. Bezirk angebracht, im XIX. Bezirk aber nicht. (Lebhafte Hörtrufe b. d. B. L.) Gemeinderat Biber kritisiert sodann die Offertausschreibung und die Arbeitsvergebungen. Er tadelt auch, dass dem Unterausschuss ein Experte noch beigezogen wurde, der weder vom Unterausschuss noch vom Gemeinderat ernannt wurde. Er stellt an Stadtrat Richter das Ersuchen, zu veranlassen, dass der Untersuchungsausschuss möglichst bald einberufen werde und die Experten über ihre Wahrnehmungen Berichterstattung sollen. Die Mitglieder der Minderheit des Ausschusses werden dafür Sorge tragen, dass die Wahrnehmungen der Experten photographisch dargelegt werden. Gemeinderat Biber schliesslich der Tüchtigkeit des Beamtenschors des Bauamtes das grösste Lob und erklärt, dass er trotzdem dem Budget nicht seine Zustimmung erteilen könne. (Beifall bei der Minderheit).

Gemeinderat Weigl erklärt, dass Bürgermeister Seitz augenblicklich nicht anwesend sei. Er habe jedoch dem Wunsche des Stadtrates Kunschak Rechnung getragen und den Bürgermeister von dem Inhalt der Rede des Stadtrates Kunschak verständigen lassen.

Die Sitzung wird um zehn Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen vier Uhr nachmittags.

.....